

Pressemitteilung zu TOP 5 der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 2020 in Langenselbold, mit dem Titel „Landesentwicklungsplan Hessen 2020“

Die Stadtverordnetenversammlung soll beschließen, dass die Städte Erlensee und Langenselbold als „kooperierende Mittelzentren im Verdichtungsraum“, im Modellversuch, in den Landesentwicklungsplan Hessen 2020, aufgenommen werden.

Diesem Antrag stimmt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht zu!

Die Corona-Krise befindet sich laut Experten in Deutschland noch in den Anfängen. Die Wirtschaft liegt zum großen Teil lahm, und die Empfehlungen von Medizinern, Virologen, Mathematikern und Politikern sind die, dass die Menschen nicht in größeren Versammlungen zusammenkommen sollen, d. h. für Privatleute ist sogar ein Kontaktverbot (sich nur einzeln oder im Familienverbund, bzw. bei Hilfsbedürftigkeit mit einem Begleiter, im öffentlichen, freien Raum aufzuhalten) ausgesprochen worden.

In dieser Situation sieht sich die Langenselbolder Politik in dem Modus, dass der Staat funktionieren muss und setzt für den 30. März 2020 eine Stadtverordnetenversammlung an, in der wichtige Beschlüsse gefasst werden müssen. Die Sitzung soll natürlich unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen und nicht länger als nötig abgehalten werden.

So weit ist das Vorgehen für uns nachvollziehbar. Was aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen jedoch nicht zu dieser Situation passt, ist der Tagesordnungspunkt 5 mit dem Titel „Landesentwicklungsplan Hessen 2020“. Das unserer Meinung nach für die Bürger recht wichtige Thema, wurde bisher noch in keinem Ausschuss diskutiert. Deshalb hat es auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, die mit halbiertes Anzahl an Abstimmungsberechtigten tagt, nichts zu suchen.

WORUM GEHT ES IN TOP 5?

Wie schon eingangs gesagt, geht es darum, dass die Stadt Langenselbold beantragt, zusammen mit der Stadt Erlensee, für einen Modellversuch, als „kooperierende Mittelzentren im Verdichtungsraum“ in den Landesentwicklungsplan Hessen 2020 aufgenommen zu werden.

Der Bürgermeister hat bereits im August 2019 ein Schreiben zum Thema Landesentwicklungsplan Hessen 2020 vom hessischen Wirtschaftsminister erhalten, welches ihm durch den Verbandsdirektor des Regionalverbands Frankfurt-Rhein-Main übermittelt wurde. Zusätzlich berichtete Jörg Muth in der Stadtverordnetenversammlung am 17. Februar 2020 von einem Schreiben im Auftrag des hessischen Wirtschaftsministers selbst. In dieser Stellungnahme geht der Wirtschaftsminister auf die Befürchtung des Bürgermeisters ein, der die Motivation für die infrastrukturelle Entwicklung einer Stadt für gebremst ansieht, sofern sich die Stadt im Status eines Grundzentrums (dort ist Langenselbold derzeit eingeordnet) befindet. Der Wirtschaftsminister erläutert seine Auffassung dahingehend, dass es in den drei Regierungsbezirken Nord-, Mittel- und Südhessen sowie im Ballungsraum Frankfurt ein dichtes Netz an Mittelzentren gibt und somit die Aufgaben der Daseinsvorsorge langfristig und flächendeckend erfüllt werden.

Das heißt: Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag ist nicht klar, welche Vor- bzw. Nachteile für die Bürger der Städte Langenselbold und Erlensee verfolgt werden, denn im Wesentlichen geht es bei den Raum- und Entwicklungsplanungen um „Wachstum“ von Siedlungs- und Gewerbegebieten! Und das geht nach unserer Erfahrung mit Flächenverbrauch und der Erhöhung des Verkehrsaufkommens einher. Ebenfalls nicht klar ist, welche Auswirkungen diese Bestrebungen für die Nachbarkommunen haben, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung.

Langenselbold und Erlensee befinden sich laut Definition im Hochverdichteten Raum und müssten um kooperierende Mittelzentren zu werden, bestimmte Bedingungen erfüllen.

Die beiden Städte liegen eingebettet zwischen dem Oberzentrum Hanau und dem Mittelzentrum Gelnhausen. Es gibt verschiedenste Fachärzte vor Ort und im Fall, dass ein Krankenhausaufenthalt notwendig wird, so ist es möglich, die 12 km nach Hanau oder Gelnhausen, wenn nötig sogar mit dem Krankentransport zurückzulegen.

Denn genau das, nämlich auch ein Krankenhaus, ein Kino, sonstige Kultureinrichtungen, wie auch studienqualifizierende Bildungsgänge sind Voraussetzung dafür, sich als Mittelzentrum zu qualifizieren. Wir sehen keinen Vorteil, der zugunsten der Lebensqualität für uns als Bürger dieser Stadt dafür spricht, gemeinsam mit Erlensee vom Grundzentrum zum Mittelzentrum aufzusteigen.

Können wir so weitermachen wie bisher? Uns alles nehmen, was wir wollen?

Das Naturgefüge ist aus den Fugen geraten, wie uns der Klimawandel zeigt. Wir nehmen es zur Kenntnis, aber grundlegend ändern wollen wir möglichst nichts.

Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und auch das Aufkommen von Krisen durch Finanzblasen oder wie jetzt durch neue Erreger, die uns immer wieder bedrohen, hängen miteinander zusammen. Was soll uns da das Streben danach, ein Mittelzentrum gemeinsam mit Erlensee zu werden, bringen? Muss man den starken Willen zum Wachstum allerorten nicht etwas entgegenhalten?

Man könnte auch die Qualität unseres Gemeinwesens hier vor Ort erhöhen, statt von neuen Autobahnanschlüssen, 30 Hektar Versiegelung für Industrieansiedlung und immer neuen Ausweisungen von Wohngebieten zu träumen.

Nein, wir brauchen Ackerflächen zum Anbau von landwirtschaftlichen Produkten und als (Über-)Lebensraum für vielfältige Lebensformen und nicht als Versiegelungsfläche für immer neue Industriebetriebe!

Der innerörtliche Verkehr nimmt immer weiter zu und belastet die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner. Schon lange ist es an der Zeit zu begreifen, wie elementar abhängig unser Überleben als Teil der Natur, der auch wir sind, von der Natur ist. Wir brauchen auch für die Natur einen Wertewandel!

Die Lebensqualität unserer Bürger soll durch solche Beschlüsse nicht weiter geschmälert werden, deshalb lehnt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag ab.

Cornelia Hofacker und Guntrun Hausmann

Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Langenselbold